



Bonner Stadtrat beschließt Resolution gegen TTIP, CETA, TiSA

Bonn gegen TTIP & Co

Wie schon in mehr als 250 Kommunen in Deutschland, hat auch der Stadtrat in Bonn am 18. Juni 2015 eine Resolution gegen die Freihandelsverträge der EU verabschiedet.

Monika Mehnert, Greenpeace Bonn

Beschluss

„Der Rat der Stadt Bonn lehnt die Abkommen CETA, TTIP und TiSA ab. Es handelt sich bei diesen Abkommen um bi- und plurilaterale Handelsverträge, die die Gestaltungsmöglichkeiten von Städten und Gemeinden und ihrer Bürgerinnen und Bürger nachhaltig einschränken können und in erster Linie den Interessen von multinationalen Konzernen dienen. Diese Verträge stellen einen massiven Eingriff in die kommunale Selbstverwaltung dar.“

Die Stadt Bonn wird diese ablehnende Haltung in geeigneter Weise gegenüber der Landes- und Bundesregierung sowie dem Europäischen Parlament deutlich machen und sich in den kommunalen Spitzenverbänden dafür einsetzen, dass diese sich ebenfalls gegen den Abschluss bzw. die Ratifizierung der Handelsverträge positionieren. Sie wird darüber hinaus ihre Möglichkeiten nutzen, die Öffentlichkeit über ihre ablehnende Haltung zu den Freihandelsabkommen CETA, TTIP und TiSA zu informieren.

Begründung

Die geplanten Freihandelsabkommen CETA (Comprehensive Economic and Trade Agreement), TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership) und TiSA (Trade in Services Agreement) stellen einen Angriff auf die kommunale Selbstverwaltungshoheit dar. Die kommunalen Selbstverwaltungsrechte, die heute nicht verteidigt werden, sind für die folgenden Generationen unwiederbringlich verloren.“

Weiter wird die Ablehnung der EU-Handelsverträge damit begründet, dass die Verhandlungen zu allen drei Abkommen weitgehend als Geheimverhandlungen stattfinden.

Obwohl alle Kommunen direkt von den Ergebnissen betroffen sein werden, werden die kommunalen Spitzenverbände (Städte- und Gemeindetag, Landkreistag) weder informiert noch beteiligt.

In den Abkommen wird geregelt, welche Dienstleistungen, die bisher von Städten und Gemeinden erbracht werden, künftig dem Wettbewerb unterliegen müssen. Bereiche wie Wasserversorgung, Energieversorgung, Bildung, Kultur, Gesundheitsdienstleistungen oder Nahverkehr sollen verstärkt für Privatisierungen geöffnet werden. Öffentliche Aufträge sollen ab bestimmten Schwellenwerten nicht nur europaweit

sondern transatlantisch ausgeschlossen werden. Die bisherige Praxis der Bevorzugung regional tätiger oder nachhaltig wirtschaftender Anbieter würde erschwert bzw. unmöglich gemacht.

Außerdem werden die sog. Ewigkeitsklauseln (eine einmal erfolgte Privatisierung kann nie wieder rückgängig gemacht werden), der Negativlisten-Ansatz (geschützt ist nur, was ausdrücklich im Originalvertrag von Marköffnung bzw. Privatisierung ausgeschlossen wird) und die Sonderklagerechte von Konzernen gegen Staaten vor privaten Schiedsstellen abgelehnt.

Auch Beschlüsse von Städten und Gemeinden können Anlass für solche Klagen sein. Dies würde dazu führen, dass sich die politischen Gremien der Kommunen bei jedem Beschluss überlegen müssten, ob sie die Gewinnerwartungen eines Konzerns schmälern und somit eine Klage gegen den Staat auslösen könnten.

Resolution folgt Bürgerantrag

Mit diesem Beschluss folgte der Bonner Rat einem Bürgerantrag mit dem Titel „Kommunale Selbstverwaltung retten – CETA, TTIP und TiSA ablehnen“, der vom „Bonner Bündnis gegen TTIP“ im Dezember 2014 an den Bürgerausschuss der Stadt eingereicht wurde.

Am 5. März 2015 passierte der Bürgerantrag den Bürgerausschuss ohne Gegenstimme und wurde gleichzeitig an alle 8 weiteren Ausschüsse der Stadt zur Beratung überwiesen. Außerdem wurde empfohlen, den Bürgern Rederecht bei den Ausschuss-Sitzungen zu gewähren.

Am 18. Juni verabschiedete der Rat der Stadt Bonn schließlich – mit knapper Mehrheit und gegen die Stimmen von FDP und CDU – den Text des Bürgerantrags als Ratsbeschluss.

Stadt informiert nicht über den Beschluss

Allerdings ist die Stadt ihrer Verpflichtung, die Öffentlichkeit darüber zu informieren, bisher (4 Wochen nach dem Ratsbeschluss) nicht nachgekommen. Auch die Suche bei BORIS, dem Bonner Rats-Informationssystem im Internet bleibt ergebnislos. So finden sich unter der Überschrift „Auswahl wichtiger Beschlüsse“ von der Ratssitzung am 18.6. zwar Meldungen wie Verlängerung des Alkoholverbots im Bonner Loch oder eine Eintragung in das goldene Buch der Stadt, aber nichts zum Beschluss gegen TTIP & Co.

Lebenswerte Siebengebirgsregion e.V.



OB-Kandidaten äußern sich zur Südtangente

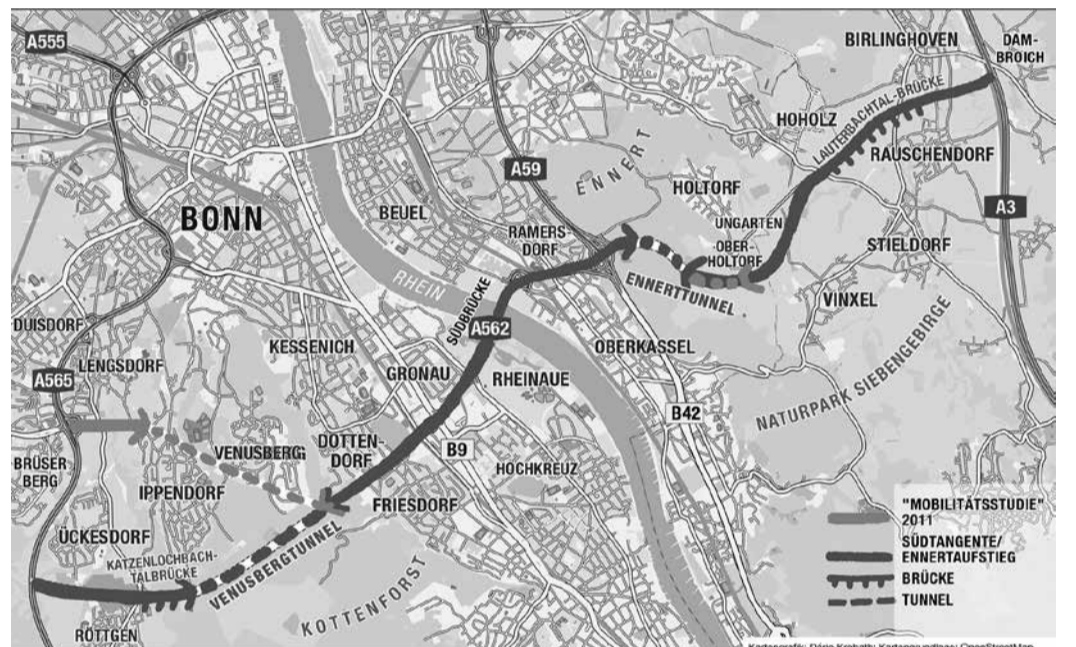
Dreiste Politik aus Königswinter

Susanne Gura

Ein Kandidat auf den Posten des Bonner Oberbürgermeister kommt aus der Königswinterer Verwaltungsspitze: Ashok-Alexander Sridharan. Während die OB-Kandidaten von SPD und den Grünen ihre Ablehnung der Südtangente deutlich geäußert haben, verweigert der OB-Kandidat der CDU, derzeit noch Erster Beigeordneter von Königswinter, eine klare Position. Bilateral – unter Ausschluss der Öffentlichkeit – machte er den Vertretern des Vereins Lebenswerte Siebengebirgsregion gegenüber deutlich, dass er Ennertaufstieg und Südtangente befürwortet. Die Teilnahme an Podiumsdiskussionen zum Thema Verkehrspolitik hat er (bis Redaktionsschluss) abgelehnt. Auch wenn er „Neutralität“ vortäuschen mag, sind wir sicher: Sridharan wird als

weitem größte Teil des Verkehrs durch die Siebengebirgsorte ist selbstgemacht und kann durch die Südtangente nicht aufgenommen werden.

Das bauernschlaue Geschäftsmodell mit hohen Einnahmen aus Grund- und Einkommenssteuer, das aber Kosten und Investitionen auf Bonn und den Bund abwälzt, verursacht viel Verkehr nach Königswinter und belastet dadurch die Durchgangsstraßen im Siebengebirge. Die Königswinterer Stadtverwaltung hört auch nach jahrzehntelangen Auseinandersetzungen nicht auf, die Bonner Naherholungsgebiete für die Südtangente zu reklamieren. Bonn hat ohnehin zu hohe Feinstaubwerte und ist ohnehin schon die lauteste Stadt in NRW, da soll wenigstens Königswinter etwas leiser und sauberer werden, so lautet das unchristliche Sankt-Floriansgebet der CDU.



Egal welche Variante, Südtangente und Ennertaufstieg wären für Bonns Wohn- und Naherholungsgebiete fatal. Erst nach dem Beschluss des neuen Bundesverkehrswegeplans würde die Trasse festgelegt.

Bonner OB in den nächsten sechs Jahren mit der Königswinterer CDU an einem Strick ziehen!

Sein Chef, Bürgermeister Peter Wirtz, sieht absolut keine Alternativen zu dieser neuen vierspurigen Schnellstraße, die bereits im Entwurf des Bundesverkehrswegeplans aufgeführt ist und in Kürze vom Bundestag beschlossen werden soll. Die Verkehrsbelastung müsse aus Königswinter nach Bonn verlagert werden – das sei fair, denn Bonn brauche Wohnungen.

Königswinter profitiert seit Jahrzehnten von den Arbeitsplätzen, dem Ausbildungs-, Kultur-, Sport- und Gesundheitsangebot in Bonn. Eigene Gewerbebetriebe gibt es wenig. In Bonn wurde jahrzehntelang viel investiert, wovon Königswinter nach wie vor mitprofitiert. Viele Königswinterer verdienen ihr Geld in Bonn, zahlen aber Steuern in Königswinter.

Königswinter hat viel zu viele Baugebiete ausgewiesen und beklagt sich nun über zu viel Verkehr. Königswinter hat sich gegen den Ölbergtunnel gestemmt, ihn gezielt durch Wohnbebauung verhindert und jammert nun über Verkehrslärm! Königswinter hat vor Jahrzehnten mit aller Macht den Autobahnanschluss zwischen B42 und A3 durchgesetzt und fordert nun, den Verkehr nach Bonn zu verlegen!

PKW statt ÖPNV

Die Königswinterer Verwaltung weigert sich, mehr Geld für ÖPNV auszugeben. Auch eine Park & Ride Anlage in Ittenbach lehnt sie ab. Die herrschenden CDU-Politiker stellen seit Jahrzehnten ihren Bürgern die Südtangente in Aussicht, die aus Berlin zu finanzieren ist. Obwohl sie aus vielen Gutachten genau wissen: Der bei

ÖPP-Zocker Sridharan

Dass auf Bundesebene schon für die Instandhaltung von Straßen zu wenig Geld vorhanden ist, und der Ausbau bestehender Bonner Autobahnen gefährdet wird, stört das dreiste Geschäftsmodell nur marginal. Schließlich schickt die CDU mit Ashok-Alexander Sridharan einen Spezialisten für Öffentlich-Private Partnerschaften ins Rennen um den Oberbürgermeisterposten. ÖPP sind bekannt für ihr Scheitern auf Kosten der Steuerzahler. Sridharan hat in Königswinter mehrere ÖPP-Projekte verzockt – zuletzt die Sanierung der beiden städtischen Bäder – und könnte dieselben Fehler in weit größerem Maßstab wiederholen.

Die Südtangente gegen alle Widerstände zu realisieren versucht eine ganze Seilschaft: Zentral ist der Königswinterer CDU Stadtverordnete Roman Limbach im für Fernstraßenplanung zuständigen Referat des in Bonn angesiedelten Bundesverkehrsministeriums. Der Kreistag des Rhein/Sieg-Kreises steht mit seinem CDU-Landrat seit Jahrzehnten fest hinter Königswinter. Die SPD-geführte Stadt Sankt Augustin hat dagegen keinerlei Chance, ihr Anliegen, die Südtangente nicht zu bauen, im Kreistag durchzusetzen. Die Industrie- und Handelskammer Bonn/Rhein-Sieg unterstützt die Forderung nach Südtangente und Ennertaufstieg mit falschen Behauptungen (z.B. „Bonn ist Staustadt Nr. 1“) und fragwürdigen Studien.

Nun müssen die Bonner entscheiden, ob sie sich den Königswinterer Südtangentebefürworter Ashok-Alexander Sridharan in ihr Rathaus holen.

STOP TTIP CETA Demonstration in Berlin FÜR EINEN GERECHTEN WELTHANDEL

Samstag, 10. Oktober 2015, 12:00

Zu dieser Großdemonstration ruft ein breites Bündnis von NGOs auf, u.a.: DGB, AbL, Mehr Demokratie, BUND, Greenpeace, attac, NABU, Deutscher Kulturrat, Foodwatch, Brot für die Welt, Umweltinstitut München.

Online gegen die Südtangente unterschreiben:
www.ennertaufstieg.de